

## **Vorwort von Hannes Androsch**

Seit bald einem Jahr hält Corona die Welt in Atem. Im Dezember 2019 wurde das Virus mit der Bezeichnung SARS-CoV-2 erstmals in der Stadt Wuhan in der Volksrepublik China entdeckt. Bald darauf verbreiteten sich alarmierende Meldungen, dass es sich bei diesem Virus um einen neuartigen und potenziell gefährlichen Krankheitserreger handelt, der das Zeug dazu hat, eine globale Pandemie auszulösen. Die Warnungen wurden nicht überall ausreichend ernst genommen und so verbreitete sich das Virus rasch über den ganzen Globus. Die Staatengemeinschaft war darauf offenkundig schlecht vorbereitet, obwohl es bereits seit Längerem Warnungen vor einer drohenden Pandemie gegeben hatte. Es war Leichtfertigkeit, ja Hybris, eine solche Gefahr zu ignorieren, zu verharmlosen oder gar zu vertuschen. Zu lange hat man die drohenden Zeichen an der Wand nicht beachtet, alle Warnungen ignoriert und die Köpfe in den Sand gesteckt. Damit wurden notwendige Vorbereitungen vernachlässigt und wirksame Präventionsmaßnahmen unterblieben oder wurden zu zögerlich gesetzt. Nicht nur in zahlreichen ärmeren Staaten oder Schwellenländern lieferten Regierungen und Gesundheitsbehörden ein Bild der Überforderung; selbst in den reichen Industriestaaten hinkte man mit dem Krisenmanagement den Entwicklungen zumeist hoffnungslos hinterher, was vielfach zu einer Überlastung der Gesundheitssysteme führte. So fehlte es beispielsweise zu Beginn der Pandemie in den meisten Ländern und Regionen an Schutzausrüstungen, Testkapazitäten oder Medikamenten.

Diese mangelnde Vorbereitung auf die angekündigte Katastrophe, die sicher auch Resultat der in vielen Ländern verfolgten Austeritätsdoktrin war, hatte schwerwiegende Folgen. Denn anders als etwa Japan, Südkorea, Hongkong oder Taiwan, die aufgrund der Erfahrungen mit SARS, MERS oder Ebola als einzige Länder weltweit einen effektiven Notfallplan entwickelt hatten und diesen angesichts der COVID-19-Pandemie erfolgreich aktivierten, reagierte der Groß-

teil der Staaten anfangs entweder zu zögerlich oder völlig unkoordiniert. Früher oder später jedoch antworteten die meisten Regierungen der Welt zur Eindämmung des Infektionsgeschehens mit radikalen Lockdowns (Wohnungshaft und Shutdowns), die in mehrfacher Hinsicht gravierende Kollateralschäden nach sich zogen. Denn auch wenn die Maßnahmen in Bezug auf die Abflachung der Infektionskurve vielfach Wirkung zeigten, so führten sie zu einem bis dato historisch einzigartigen wirtschaftlichen Einbruch. Selbst bei einer möglichen Erholung des Wirtschaftswachstums im Jahr 2021 wird der ökonomische Schaden enorm sein. Nach allen Prognosen werden die kommenden Jahre durch langsames Wachstum, deutlich mehr Arbeitslose und eine höhere Inflation gekennzeichnet sein. Letztere könnte in Kombination mit einer nicht auszuschließenden wirtschaftlichen Stagnation zu einer Stagflation führen. Ein Blick in die Geschichte zeigt uns, dass die meisten großen Pandemien eine ökonomische Stagnation zur Folge hatten; es ist also davon auszugehen, dass es dieses Mal genauso sein wird. Auf absehbare Zeit ist ökonomisch jedenfalls kein Licht am Ende des Tunnels in Sicht. Die im Sommer eingetretene wirtschaftliche Erholung droht durch die zweite Welle wieder zunichte gemacht zu werden. Aufgrund der massiv steigenden Infektionszahlen hat die *Financial Times* Ende Oktober sogar auf die Gefahr einer *Double-Dip-Rezession* bzw. auf ein längerfristiges „ökonomisches COVID“ (Martin Wolf) hingewiesen.

Aus der Geschichte wissen wir zudem, dass neben den gesundheitlichen Auswirkungen einer Pandemie immer auch enorme Kollateralschäden entstehen. So hat die Corona-Krise mit ihren Shutdowns und den daraus resultierenden ökonomischen Einbußen bereits merkbare soziale und psychische Folgeschäden verursacht sowie vielfach bereits existierende Schieflagen und Ungleichheiten in den Gesellschaften verstärkt. Die in den meisten Ländern schon lange bestehenden, aber selten beachteten Strukturschwächen wurden durch das Virus wie durch ein Brennglas deutlich sichtbar gemacht. In Österreich reichen diese von einer verstärkten gravierenden Bildungsungerechtigkeit über die skandalösen Arbeitsbedingungen ausländischer Erntehelfer bei einem Stundenlohn von 4,- Euro pro Stun-

de, Schlachtbetriebsmitarbeiter und Leiharbeiter wie bei der Post in skandalösen Unterkünften bis zur Tatsache, dass unser Pflegesystem ohne jene Pflegekräfte, die aus osteuropäischen Staaten zu uns kommen und dann trotz ihrer Einzahlungen ins Sozialsystem die Kinderbeihilfe gekürzt bekommen, zusammenbrechen würde. Ob sich an diesen beschämenden Zuständen in absehbarer Zukunft etwas ändern wird, bleibt allerdings fraglich, da sich um diese Menschen offensichtlich niemand kümmert.

Besonders die mehrwöchigen Schulschließungen haben – bedingt durch jahrelange Versäumnisse bei der Modernisierung des Bildungssystems – zu massiven Begleitschäden geführt. In Österreich waren etwa 200.000 Pflichtschüler ohne Laptops oder Tablets sowie ohne Zugang zu E-Mail oder Internet und konnten dadurch zu Hause nicht erreicht werden. Da laut OECD ein großer Teil der Lehrer über keine digitalen Kompetenzen verfügt, waren alternative Unterrichtsmethoden von vornherein nicht möglich. Dadurch wurde die von der OECD seit langem kritisierte soziale Ungerechtigkeit des österreichischen Bildungssystems zusätzlich verschärft. Trotz der im internationalen Vergleich hohen Bildungsausgaben gibt es in Österreich die wenigsten Unterrichtsstunden, die längsten Ferien, unzählige Klein- und Kleinstschulen ohne hinreichende Ausstattung sowie vor allem eine überdurchschnittlich hohe soziale Selektivität bzw. Bildungsvererbung. All das führt dazu, dass mehr als 20 Prozent der Pflichtschulabsolventen nicht hinreichend lesen, schreiben und rechnen können, und daher nicht fähig sind, eine weiterführende Ausbildung oder Lehre zu absolvieren. Die soziale Ungleichheit, die von den Schulen eigentlich kompensiert werden sollte, wird damit verhärtert und prolongiert.

Dessen ungeachtet hat SARS-CoV-2 weltweit bereits jetzt zu massiven Veränderungen im Alltag der meisten Menschen geführt. Es hat gängige gesellschaftliche Verhaltensweisen ebenso wie etablierte wirtschaftliche Strukturen ausgehebelt. Mit dem radikalen, gleichsam weltumspannenden Shutdown im Frühjahr 2020 hat das Virus eine Krise ungekannten Ausmaßes ausgelöst. Die Geschichte lehrt uns, dass Pandemien auch in früheren Zeiten große soziale,

ökonomische oder politische Transformationen nach sich zogen. So ist es nicht verwunderlich, wenn die COVID-19-Pandemie ebenfalls einen Wandel herbeiführt und wir nach deren Überwindung weder im Alltagsleben noch in der Wirtschaft zum bislang Gewohnten zurückkehren werden.

Die durch das Virus erzwungene Entschleunigung wird teilweise bestehen bleiben, und auch unser Reise- und Urlaubsverhalten sowie unser Konsum werden sich verändern. Selbst wenn wir – hoffentlich – nicht in den Fehler deglobalisierender und isolationistischer Renationalisierung verfallen, werden sich Produktionsformen und Lagerhaltungen von Unternehmen wandeln, um das Risiko zu engmaschiger Lieferketten und zu knapper Lagerkapazitäten sowie der damit verbundenen ökonomischen Verwundbarkeit zu reduzieren. Roboterisierung, Künstliche Intelligenz oder 3D-Druck werden verstärkt zur Anwendung kommen. Insgesamt wird sich die digitale Transformation beschleunigen, vor allem auch im Bildungsbereich. Krisenpläne und -einrichtungen werden ebenso erhöhte lokale Aufmerksamkeit finden wie die Versorgung mit systemrelevanten Produkten, insbesondere Medikamenten und Schutzausstattungen, oder der Schutz kritischer Infrastrukturen.

Die Welt befindet sich also mitten in einem großen Wandel. Die Corona-Krise hat dabei gleich mehrere Dimensionen, die gesundheitliche, soziale, ökonomische und geopolitische Aspekte umfassen. Jetzt gilt es daher, diese globale Mehrfachkrise zu bewältigen. Es zeigt sich, dass die nach der Eurokrise 2010 in Europa verfolgte Austeritätspolitik zur Vernachlässigung lebenswichtiger Versorgungseinrichtungen geführt hat, was sich nun unter den Bedingungen von COVID-19 schwer rächt. Zudem mussten ökonomische Notmaßnahmen ergriffen werden, um durch monetäre Bluttransfusion das Liquiditätsvirus zu bekämpfen und einen Kollaps der Wirtschaft zu verhindern. Angesichts der durch die Krise verursachten ökonomischen Schäden haben Regierungen weltweit massive Hilfspakete geschnürt, zu deren Finanzierung Schulden in großem Stil in Kauf genommen wurden.

Laut dem *Institute of International Finance* (IIF) beläuft sich der globale Schuldenstand mittlerweile (Stand August 2020) auf unvorstellbare 250 Billionen US-Dollar; für das Jahr 2020 wird ein Anstieg der weltweiten Schulden im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung auf mehr als 340 Prozent prognostiziert, das sind über 300 Billionen US-Dollar. In der Eurozone erhöht sich der Schuldenstand im Schnitt von 85 Prozent auf über 100 Prozent des BIP. Wenngleich die in Österreich beschlossenen Mittel für Hilfsmaßnahmen im Vergleich etwa zu jenen Deutschlands oder der Schweiz bescheiden sind, mussten zu deren Finanzierung Kredite von mehr als 30 Milliarden Euro zusätzlich aufgenommen werden. Die Staatsschulden steigen damit auf 85 Prozent. Trotz der Tatsache, dass in den letzten 10 Jahren die Zinsbelastung wegen der Niedrigzinspolitik Einsparungen von 62 Milliarden Euro gebracht hat, ist die Quote nie unter 80 Prozent gesunken. Trotz Rekordneuverschuldung erhöht sich jedoch die Zinslast aufgrund eines historisch niedrigen Zinsniveaus so gut wie gar nicht. Zur Tilgung der Kreditzinsen muss Österreich heuer rund vier Milliarden Euro ausgeben, was etwa einem Prozent seiner Wirtschaftsleistung entspricht. Selbst im Zuge der Finanzkrise waren es noch rund 2,5 Prozent, in den 1990er-Jahren sogar 3,5 Prozent. Gleiches gilt für andere Länder; sogar in jenen mit angeschlagenen Staatsfinanzen wie Griechenland oder Italien steigen die Zinskosten nur minimal. Allerdings wird der relative Abbau der Staatsschulden fast überall lange dauern. Dies setzt voraus, dass das reale Wachstum größer ist als der Anstieg der Zinsausgaben, wodurch man in die Staatsschuld hineinwachsen kann. Aufgrund der Niedrigzinsen besteht immerhin die Möglichkeit, die Tilgung der Schulden zeitlich hinauszuschieben und dadurch die Staatshaushalte nicht übermäßig zu belasten.

Ein größeres Problem wird sein, nach erfolgreicher Überwindung der Pandemie die Realwirtschaft wieder in Gang zu bringen. Durch die Corona-Krise wurde der Welt vor Augen geführt, wie sehr Wohlstand und Wohlfahrt von funktionierenden globalen Lieferketten, von Exporten und vom Fremdenverkehr abhängig sind. Gerade in Europa brauchen wir daher eine offene Weltwirtschaft mit Freihandel, offenen Grenzen und Reisefreiheit. Wir alle müssen In-

teresse daran haben, dass isolationistische Tendenzen und nationale Abschottungen sich nicht längerfristig durchsetzen, um die Realwirtschaft wieder anzukurbeln. Denn nur deren Leistungen schaffen Arbeit, Einkommen und Wohlstand, und nur auf deren Basis sind Sozialstaaten europäischen Zuschnitts finanzierbar. Neben der konsequenten Vermeidung nationaler Alleingänge brauchen wir daher weiterhin gemeinsame Anstrengungen, um die angekündigten nationalen und europäischen wirtschaftlichen Wiederbelebungsprogramme auch effektiv umzusetzen. Die Wirtschaft braucht Aufträge und es ist notwendig, die Gesamtnachfrage zu steigern. Es gilt, die Wasserpumpe, die nicht mehr funktioniert, weil die Wassersäule abgerissen ist, durch Nachfüllen einiger Kübel Wasser wieder in Gang zu bringen. Auch mit Helikoptergeld ist die Gesamtnachfrage nicht zu steigern, wenn das Konsumverhalten zurückhaltend ist und die (Angst-)Sparsneigung ansteigt. Keynes meinte: „Man kann die Pferde zur Tränke führen, aber saufen müssen sie selber“. Dies ist aber mit Barmitteln nicht zu erreichen, sondern nur mit gezielten Gutscheinen.

Die europäische Kooperation wurde durch die COVID-19-Pandemie mehrfach auf die Probe gestellt. Dabei müsste Europa gerade angesichts dieser Entwicklungen zusammenhalten und geschlossen agieren, um rasch aus der Krise herauszukommen. Insofern ist die Einigung der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, zur Überwindung der Krise ein Hilfspaket historischen Ausmaßes zu verabschieden, ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Basierend auf einem Vorschlag der deutschen Kanzlerin Angela Merkel und des französischen Präsidenten Emmanuel Macron präsentierte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Ende Mai 2020 ein 750-Milliarden-Programm zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie. Mit dessen Beschluss wurden die Weichen dafür gestellt, die erforderlichen Mittel von der EU als gemeinschaftlichen Kredit aufzunehmen und größtenteils in Form von Zuschüssen an die von der Krise besonders betroffenen Länder zu vergeben.

Es brauchte in der EU diesen „Hamilton Moment“, ähnlich jenem, als Alexander Hamilton, erster Finanzminister der USA, kurz

nach der Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika die Schulden der Einzelstaaten zu Bundesschulden machte, die von da an von allen gemeinsam bedient wurden. Denn nur so konnte die EU vor dem drohenden Zerfall bewahrt werden, der ein Auseinanderdriften der übermäßig verschuldeten, von sozialer Ungleichheit gezeichneten Mitgliedsstaaten einerseits und den besser durch die Krise gekommenen Ländern andererseits unweigerlich bedeutet hätte. In einer solidarischen Gemeinschaft unterstützen sich die Mitglieder gegenseitig – auch und vor allem in dem Wissen, dass ein gemeinsamer Binnenmarkt nur funktionieren kann, wenn in allen Teilen der Union Stabilität herrscht. Der Kompromiss ist daher von vielen Beobachtern als letzter Ausweg für die EU gesehen worden.

Dass dabei mit Unterstützung Österreichs in den Bereichen Forschung, Gesundheit und Umweltschutz gekürzt wurde, ist ein schwerer Rückschlag. Denn um gestärkt aus der Krise herauszukommen, muss die EU neben einer Bildungs- und einer Digitalisierungsoffensive zur Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit gerade in den genannten Bereichen verstärkte Akzente setzen, um die globalen *Grand Challenges* angemessen adressieren zu können. In jedem Fall wird Europa an einer Stärkung des gemeinsamen Handelns und einer Vertiefung der Integration à la longue nicht umhinkommen. Dies gilt insbesondere auch in Zusammenhang mit der Sicherstellung von Technologiesouveränität: Um seine hohe Abhängigkeit von den USA und China zu reduzieren, muss Europa danach trachten, die entsprechenden Technologien selbst entwickeln zu können, um aus dem Zustand einer Digitalkolonie herauszukommen und digitale Souveränität zu erreichen. Das erfordert neben größeren Koordinationsanstrengungen auch entsprechende finanzielle Mittel.

Doch nicht nur innerhalb Europas, auch global betrachtet wird es zur Bewältigung der anstehenden Herausforderungen großer Anstrengungen, mehr Gemeinsinn und gelebter Solidarität bedürfen. Denn so wie die Corona-Krise wird auch die Klima-Krise nicht vor nationalen Grenzen halt machen. Und um den Klimawandel aufzuhalten, bedarf es weltweit einer engeren Zusammenarbeit und koordinierter gemeinsamer Aktionen der internationalen Staatengemein-

schaft. Dazu muss jedoch zunächst die gegenwärtige Weltunordnung überwunden werden, denn mit nationalem Chauvinismus und einer allenthalben grassierenden „me first“-Attitude wird dies nicht gelingen.

Tatsächlich erleben wir heute jedoch einen Machtkampf zwischen den USA und China um die Vorherrschaft in der Welt. Dieser läuft über die technologische Weltführerschaft im IT-Bereich, also bei Supercomputern, 5G-Breitbandnetzen, Künstlicher Intelligenz, usw. Dies betrifft insbesondere auch hochentwickelte Microchips von sieben Nanometern. Es geht um ökonomische Wettbewerbsfähigkeit ebenso wie um militärische Vorherrschaft und Sicherheit. Auch wenn es bisweilen den Anschein haben mag, dass im Ringen um die Weltherrschaft kein Unterschied zwischen „America-first“ und „China first“ existiert, so sind wir in Wirklichkeit Zeugen eines Kampfes der Systeme: Auf der einen Seite steht das illiberale, autokratische, ja diktatorische Regime Chinas, auf der anderen das bislang grundsätzlich liberale, weltoffene, demokratische System der USA. Bei diesem Systemwettkampf muss Europa trachten, nicht zwischen zwei Stühle zu fallen. Über diesen Konflikt rücken wichtige ungelöste Probleme der Menschheit in den Hintergrund. Zu wünschen ist daher, dass künftig wieder mehr Zusammenhalt und solidarisches Handeln anstelle polarisierender Selbstinszenierung geübt werden. Denn nur unter solchen Voraussetzungen wird es möglich sein, die Pandemie zu überwinden, den Klimawandel zu bekämpfen und die gemeinsame Zukunft erfolgreich zu gestalten.

Einmal mehr werden dabei Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation von zentraler Bedeutung für die Krisenbewältigung sein. Denn es sind diese Zukunftsbereiche, aus denen heraus Lösungen für die großen Herausforderungen der Menschheit gefunden werden können. So ist zu hoffen, dass es der Wissenschaft möglichst bald gelingt, den um den Erdball rasenden apokalyptischen Reiter „Coronavirus“ durch die rasche Entwicklung und Verbreitung von Impfstoffen und Medikamenten einzufangen. Denn auch wenn wir uns wohl darauf einstellen müssen, dass die Pandemie noch länger nicht besiegt sein wird, lassen die Fortschritte globaler wissenschaft-



licher Netzwerke und internationaler Forschungskooperationen einigermaßen optimistisch in die Zukunft blicken. So gibt es trotz über 40 Millionen Infizierter weltweit und steigender Fallzahlen – in Europa etwa vermeldete die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Anfang Oktober über 100.000 Neuinfektionen innerhalb von 24 Stunden – auch erste Erfolge zu verbuchen. Laut WHO etwa sind weltweit über 200 Impfstoffe in Entwicklung, von denen sich bereits rund 40 in der klinischen Testung befinden. Auch konnten inzwischen vielfach medizinische Erfahrungen in der Behandlung von COVID-19 gesammelt werden, die in vielen Ländern zumindest eine Stabilisierung der Lage auf den Intensivstationen ermöglicht haben. Allerdings könnte – so modelliert es der Komplexitätsforscher Stefan Thurner vom *Complexity Science Hub Vienna* – eine unkontrollierte Ausbreitung des Virus nach wie vor zu einer Überlastung der Gesundheitssysteme führen. Österreich würde diesen Punkt bei etwa 4.700 bis 7.800 Neuinfektionen täglich erreichen. Daher werden auf die jeweilige Situation abgestimmte Maßnahmen zur Reduktion der Sozialkontakte auch weiterhin erforderlich sein. Wie Thurner im Rahmen einer kürzlich in *Nature* veröffentlichten Studie aufzeigt, gäbe es dafür effektive Maßnahmen, die weit weniger einschneidend sind als rigorose Lockdowns. Dazu zählen insbesondere Restriktionen von Reisetätigkeiten, der verstärkte Schutz vulnerabler Bevölkerungsgruppen sowie offensive Strategien der Risikokommunikation. Schließlich sind die großen Förderprogramme, die Regierungen in unzähligen Staaten und der EU auf den Weg gebracht haben, ein positives Signal, das den politischen Willen zum Ausdruck bringt, die Wissenschaft gezielt in ihren Bemühungen zu unterstützen, Wege aus der Pandemie zu entwickeln. Auf Basis dieser Erfahrungen ist zu hoffen, dass wissenschaftliche Erkenntnisse und technologische Innovationen in näherer Zukunft auch dazu beitragen, Mittel und Wege für die Bewältigung der großen Zukunftsfragen der Menschheit – allen voran der Klimakrise – zu finden.

Insgesamt werden wir wohl lernen müssen, mit dem Virus oder ähnlichen Bedrohungen pragmatisch und ohne in Panik zu geraten umzugehen. Dazu müssen wir uns einer flexiblen Strategie bedie-

nen, die auf lokaler Ebene ansetzt, sich auf Hotspots konzentriert und nicht alles über einen Kamm schert, d.h. Maßnahmen flächendeckend implementiert, die eigentlich regionale begrenzt sein könnten. Es wird auch wichtig sein, die Wirtschaft so gut wie möglich zu schützen, die Schulen weitgehend offen zu halten und die Digitalisierung aller Bereiche gezielt voranzutreiben. In jedem Fall sollte unser Blick nicht allein der Entwicklung der Corona-Fallzahlen gelten. Bei allen erforderlichen Maßnahmen müssen immer auch die gesamte Gesellschaft und die Wirtschaft im Auge behalten werden. Bei der Konzeption wirtschaftlicher Hilfsmaßnahmen ist vorrangig darauf zu achten, wegbrechende Exporte nicht einfach zu substituieren, sondern gezielt an Investitionen in eine Modernisierung zu koppeln. Zudem könnte eine groß angelegte Infrastrukturoffensive dazu beitragen, Arbeitsplätze zu schaffen und Infrastrukturen für Bildung, Gesundheit, Mobilität, Umwelt und Sicherheit zu erneuern.

Unabhängig davon, wie lange der Weg aus der Pandemie noch sein wird, steht heute bereits fest, dass dieser uns nicht zurückführen wird in Verhältnisse wie vor der Corona-Krise. Eine Rückkehr zur „alten Normalität“ wird es nicht geben. Gefragt sind daher Ideen für eine „neue Normalität“. Dazu muss zunächst die Pandemie erfolgreich bewältigt werden, denn die von ihr verursachte Wirtschafts- und Finanzkrise wird andauern, bis die Gesundheitskrise gelöst ist. Darüber hinaus aber müssen auch Ansätze für die Lösung der übrigen globalen Herausforderungen der Menschheit gefunden werden – allen voran Klimawandel, Umweltverschmutzung, Ressourcenknappheit, soziale Ungleichheit, Armut und Migration.

Aus der Globalgeschichte der Menschheit wissen wir, dass neben kulturellen und soziologischen Faktoren vor allem Bildung, wissenschaftliche Entwicklungen und technologische Innovation eine wesentliche Rolle für das Wohlergehen erfolgreicher Staaten spielten. Auch der vor uns liegende Weg zur Bewältigung der großen Herausforderungen der Menschheit führt ausschließlich über diese Zukunftsbereiche. Wenn es gelingen soll, die „neue Normalität“ der Zukunft erfolgreich und zum Wohle der Menschheit zu gestalten, so wird dies nur über verstärkte Anstrengungen in den Bereichen Bil-

dung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Innovation verlaufen. Insofern aber besteht durchaus Hoffnung, dass es der Menschheit gelingen wird, die an sie gestellten Herausforderungen auch in Zukunft erfolgreich zu meistern.

Der US-amerikanische Politologe Fareed Zakaria beendet sein Buch *Ten Lessons for a Post-Pandemic World* mit der optimistischen Bemerkung, dass die Pandemie der Menschheit eine Möglichkeit für Veränderung und Reformen sowie einen Weg in eine neue Welt eröffnet hat. Dem ist grundsätzlich zuzustimmen. Der Weg in eine neue Welt liegt tatsächlich vor uns. Gehen müssen wir ihn aber selbst.